

Sonntag, den 3. Juli 1926

gegen die Reaktion für die Befreiung des Proletariats sich bald fester und geschlossener zusammenfindet. Unser Kampf gilt nicht den proletarischen Arbeitern, sondern dem Verrat einer großen Anzahl Arbeiterführer und den offenen Feinden der Arbeiterklasse.

Die Einigkeit der proletarischen Massen ist mehr denn je das Gebot der Stunde. Sied um Sied festigt die Reaktion ihre Diktatur. Nach dem Abgängerloch, nach dem prozontarischen Schreiben gegen den Volksentscheid hat jetzt der Staatspräsident Hindenburg wieder verordnet, daß trotz der Niederlage der Regierung im Reichstag, daß trotz des Willens von 15 Millionen Wählern die monarchistische Marx-Regierung weiter im Amt bleibt. Praktisch bedeuten all diese Schritte, daß die angeblich demokratischen Bestimmungen für die Reaktionen um Hindenburg nicht mehr vorhanden sind. Diese ununterbrochenen Schritte der Reaktion kann nur der stärkste Massenentscheid bezingen. Gerade jetzt hebt die Aufgabe zum gemeinsamen und geschlossenen Kampf, die Auflösung des Reichstages, die Befreiung des Reichstages bis zum November darf die Arbeiterklasse nicht ruhig bleiben und den Reaktionen diese Zeit zur Weiterführung ihrer monarchistischen Bestrebungen geben. Für jeden proletarischen Massenentscheid steht die Aufgabe, die Verbindung mit den Fürstentum zu zerbrechen, Arbeiter! Wollt ihr die Hindenburg-Republik verteidigen? Nein!

Schließt die gemeinsame Front unter den roten Fahnen!

Prinz Eitel Friedrichs Freund wegen Gittlichkeitsverbrechens verhaftet!

Ein Hebräischer Mädchen vergewaltigt.

Berlin, 2. Juli. (Vgl. Trauerbericht.) In einer Antike von Potsdam wurde der Graf Peter v. Fahlen, der in der Villa des Prinzen Eitel Friedrichs wohnte und zu seinen engsten Freunden gehörte, von einem Hebräer vergewaltigt. Wie er ein Hebräer war, ist nicht bekannt; als jedoch die Potsdamer Polizei seine Personalkarte einnahm, erkannte sie ihn sofort.

Als die Besondere dieses erfuhr, bemächtigte sich ihrer eine ungeheure Empörung, daß der Grafenwitwe eintrifft und den Grafen wieder verhaftet. Augenblicklich ist ein Arzt dabei, um ihm eine nach komplizierte Krankheit zu entfernen, um ihn für „schonungslos“ erklären zu können.

Die „Bromda“ zum Sieg der DDP-Verbandstagswahlen

Moskau, 2. Juli. (Tschern.) In dem Artikel der „Bromda“ vom 29. Juni wird Stellung genommen zu dem kommunistischen Sieg in den Wahlen für den Berliner Reichstagsarbeitersverband und seine weitestgehende politische Forderung.

Nach langen Jahren dauernder Abganges und der Verteilung der kommunistischen Partei in den Gewerkschaften ist dies ein entscheidender Wendepunkt.

Der Berliner Wahlkampf fand unter besonders schwierigen Bedingungen statt, da die Partei und die Arbeiterklasse auf die Bolschewistenschlampagne konzentriert waren. Die Opposition in den Gewerkschaften kämpfte mit einem klaren politischen und gewerkschaftlichen Programm, das die weitestgehende Forderung der Arbeiterklasse zum Ausdruck brachte.

Am 20. Juni stimmten 15 Millionen Wähler für den kommunistischen Entlassungsantrag gegen die Fürsten. Das zeigte die allgemeine Befreiung des Arbeiterkampfes und die Steigerung der Aktivität des Proletariats.

Am 27. Juni trafen die Kommunisten in den Wahlen zum Berliner Reichstagsarbeitersverband. Diese zweite Tatsache ist die Gewissensfrage der Arbeiter. Sie beweist allen Zweifeln und Behauptungen, daß der allgemeine Aufstieg der Arbeiterklasse nicht der Sozialdemokratie, sondern den Kommunisten zugute kommt.

Die allgemeine Wahlbeteiligung bewies die Schamlosigkeit für die Opposition bedeutet, daß, während die Macht des proletarischen Proletariats immer entschlossener auf die Seite der Revolution geht, bei diesen Wahlen noch Bolschewisten beherrschten. Der Sieg der Revolutionäre der ganzen Arbeiterklasse ist bereits in Entfaltung. Der erste Schritt ist in Entwicklung.

Die wichtigsten Aufgaben des gegenwärtigen Moments bestehen für die Kommunisten darin, zunächst und im Zusammenhang mit der Erhebung der Arbeiter die Rechte der Arbeiter in den Massenorganisationen des Gesamtproletariats zu liquidieren. Der Sieg ist die neue Basis der deutschen Partei: Systematische allseitige Arbeit in allen Betrieben und Gewerkschaften, Harter Kampf für die revolutionären Lösungen ohne überflüssiges Geschrei, Sammlung aller Kräfte für die bevorstehenden Kampfschlänge ohne opportunistische Abweichungen und ohne falsche Kompromisse, ohne ultralinke Phrasen und schändliche Schwankungen.

Die internationale Solidarität hilft die Welt befreien!

Was vorstellbar hier einen Brief eines russischen Genossen an einen Deutschen. Der Brief geht, mit wohl fester Innigkeit unsere russischen Brüder um Aufbau des ersten Arbeiterkampfes der Welt arbeiten, nach höchsten Anteil zu nehmen an den Kämpfen um Frieden der proletarischen Arbeiter. Die russischen Arbeiter die in Jahre in schweren Kämpfen mit der Zerkleinerung lagen, zeigen, daß ihre Solidarität den Ausgezeichneten der ganzen Welt gilt.

Peningrad, den 14. Juni 1926.

Wieder Genosse!

Ich beziehe mich, Deinen zweiten Brief zu danken, den ich am 8. Juni bekommen habe.

Ich muß sagen, ich war durch Dein lauges Schreiben sehr erfreut. Der russische Brief ist doch ganz anders als der wilde Diktator, insbesondere für Mitglieder der KP. Es ist doch noch verständlich, daß meine Freunde auch war, als ich endlich Deinen Brief bekam.

Es ist mir sehr lieb, daß Du Deinen Brief nicht nur gegen die Bolschewisten, sondern auch gegen die Reaktion, besonders in der Gewerkschaften, geschrieben hast. Die internationalen Beziehungen der Arbeiter sind ein sehr wichtiger Punkt. Die Organisierung der Arbeiter ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Organisierung der Arbeiter ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Organisierung der Arbeiter ist ein sehr wichtiger Punkt.

Ich hoffe sehr, daß Du Deine Gedanken und unsere Hoffnungen, die sich auf die Befreiung der Welt beziehen, weiter ausbreiten werden. Der russische Brief ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Organisierung der Arbeiter ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Organisierung der Arbeiter ist ein sehr wichtiger Punkt.

Keine Reichstagsauflösung!

Schlotternde Angst vor der Abrechnung der Massen. — Kein Rücktritt der Regierung Marx. — Nach „Befreiung des Volkes“ neue Fürstentumslage.

Hindenburg diktiert!

Der Brief des Staatspräsidenten.

Berlin, 2. Juli. Der Brief, den der Reichspräsident heute an den Reichstanzler gerichtet hat, hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Reichstanzler! Ich habe, daß das Kabinett angesichts des zu erwartenden Scheiterns der Gesetzesvorlage über die nennungslose Auseinandersetzung mit den Fürstentumslagen über die Frage der Auflösung des Reichstages und die des Rücktritts der Reichsregierung berät. Ich möchte und Ihre meine Auffassung dahin fundieren, daß ich mich zu einer Auflösung des Reichstages aus inner- und außenpolitischen Gründen zur Zeit nicht entschließen könnte und daß ich aus denselben Gründen auch einen Rücktritt der Reichsregierung für unzulässig erachte. Ich bitte Sie, Herr Reichstanzler, und die anderen Herren der Reichsregierung daher, von dem Gedanken einer Demission Abstand zu nehmen. Mit der Versicherung einer persönlichen Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener Diener v. Hindenburg.“

In Beginn der Reichstagsöffnung am Freitag den 2. Juli beantragt Genosse Stoedter für die Generaldebatte bei der zweiten Lesung des Schandgesetzes zugunsten der Fürsten eine Rede von einer Stunde. Der Antrag wird von den Parteien der Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.

Abgeordneter Weiss (SPD) gibt eine Erklärung für die Sozialdemokratische Partei ab. Die SPD rät darin merktlich von der Forderung der entschuldigungslosen Entlassung ab, behauptet, daß die Regierungsparteien, insbesondere das Zentrum, ihre Verpflichtungen einer „gerechten Abfindung“ nicht eingehalten hätten, und fordert ein anschließendes Abfindungsgesetz (!) durch einen von den Wählern Reichstag.

Abgeordneter Graf Weizsäcker (Deutschnat.), von den Kommunisten als „der beste Obdi aus dem Fürstentum“ tituliert, wehrt in einer schamlosen Rede die Fürstentumslagen. Seine parlamentarische Rede wird sehr oft durch empörte Zwischenrufe unterbrochen. Präsident Loebe verteilte zahlreiche Ordnungsgeldstrafen.

Reichstanzler Marx

gibt nunmehr zur Fürstentumslage eine Erklärung ab:

Da nach den Erklärungen der Sozialdemokraten und Deutschnationalen besteht, daß das Fürstentum in der Schlussabstimmung abgelehnt wird, erklärt die Reichsregierung folgendes: „Das lebhafteste Bedauern der Regierung war der Reichstag unzulässig, die Frage der Fürstentumslage zu lösen. Die Regierung hatte bestimmt, damit gerechnet, daß sich eine Zweigeteiltheit bilden würde. Das Kabinett hat aber einseitig beschließen, im Falle einer Ablehnung des Gesetzes den Reichspräsidenten um Auflösung des Reichstages zu bitten. Nachdem aber (!) Sozialdemokraten und Deutschnationale gegen das Gesetz stimmten, kann eine Auflösung des Reichstages keine Lösung (!!) mehr bringen. Das Kabinett hätte weiter beschließen, infolge der Ablehnung des Fürstentumslagen zurückzutreten. Von diesem Entschluß haben wir aber abgesehen, weil der Reichspräsident erklärt habe, daß eine Demission aus innen- und außenpolitischen Gründen „unzulässig“ sei. Die Reichsregierung wird nach Befreiung des Volkes zur Fürstentumslage erneut Stellung nehmen.“

Präsident Loebe erklärt darauf die Weiterberatung des Schandgesetzes für unhaltbar. Für die kommunistische Fraktion erhält zur Erklärung in der großen Kammer das Wort der Genosse Stoedter:

Die Reichsregierung hat noch vor wenigen Tagen durch den Mund des Reichstanzlers erklärt, daß sie die Fürstentumslage auf alle Fälle vor den Sommerferien zur Entscheidung bringen werde. (Zurück von den Regierungsparteien: Ist ja erledigt!) Vorher kommunistische Proteste gegen die Verhinderung der 15 Millionen. Herr Marx hat noch vor drei Tagen von dieser Stelle aus erklärt, die Regierung werde aus der Ablehnung der Vorlage alle Konsequenzen ziehen. (Müll ruft: Hat sie ja!) Die Reichsregierung hat sich durch den Reichstanzler Marx verleierte Erklärung in trübseligen Widerspruch zu der übermütigen Rede des Reichspräsidenten gestellt. Die große Mehrheit des arbeitenden Volkes hat rechtliche Entlassung der Fürsten gefordert. Sie fordert, nachdem das Gesetz nicht zustande gekommen ist, die sofortige Auflösung dieses Reichstages. Die Regierung Marx, die jetzt die Dinge einfach laufen lassen will und sich schamlos hinter die Fürsten stellt, macht sich zur Hauptschuldigen an dem großen Volksverrat, an dem großen Raub. Die Entlassung nicht nur der kommunistischen, sondern auch der sozialdemokratischen Arbeiter, in der gesamten Schicht des arbeitenden Volkes und der kleinen Leute bis weit in die Kreise der Reichsparteien hinein, wird unabweisbar zu einem ungeheuren Massenverrat.

(Der Präsident Loebe ruft den Genossen Stoedter zur „Angelegenheit“)

Die Tagesordnung für das deutsche Volk ist der Kampf gegen diese volksfeindliche Regierung. Hier aber im Reichstag verlangen wir, daß sofort zu unserem Abfindungsantrag gegen

die Regierung Marx Stellung genommen wird, daß diese Regierung gezwungen wird, den Willen des Volkes auf sofortige Auflösung des Reichstages und rechtliche Entlassung der Fürsten durchzuführen.

(Stürmischer Beifall und Handklatschen bei den Kommunisten. Ungehörige Zumuffen der Bürgerlichen.)

Nachdem der Böttliche von Graese zum Ausdruck gebracht hat, daß vielen Abgeordneten wegen der Reichstagsauflösung ein Zentnergewicht vom Herzen gefallen sei, lehnt der Reichstag infolge Widerspruch die Behandlung des kommunistischen Vertrauensantrages ab.

Das Sperrgesetz wird, nachdem die Regierung erst vorgestern erklärt hatte, daß sie im Falle der Nichtannahme des Fürstentums dieses Sperrgesetz zurückziehen wolle, in namentlicher Abstimmung mit 233 Stimmen gegen 17 Stimmen bei 9 Enthaltungen der Deutschnationalen, also mit Zweidrittelmehrheit, angenommen.

Nach weiteren Beratungen über das Reichsmittengesetz, die Unterstützung älterer Angestellter und über Handelsverträge verlagert sich der Reichstag bis zum 3. November.

Der „Vorwärts“ gibt sich mit dem Verlauf der gestrigen Reichstagsöffnung und der Vertagung des Reichstages bis zum 3. November zufrieden. Er schreibt in seinem Kommentar heute morgen: „Die einzige Konsequenz, die die Regierung Marx aus dem Scheitern der Fürstentumslage in Wahrheit zieht, ist, daß sie bleibt. Ihre Sonne geht nicht unter, obgleich sie sich schon dem Horizont neigt. Wir leben ja auch in den sommerlichen Tagen, an denen im hohen Norden die untergehende Sonne strahlt. Sie neigt sich, dann aber steigt sie wieder in alter Pracht empor. Sie wird scheitern, solange die Herren des Reichstages andauern, die die Regierung Marx vor der Reichstagsauflösung gerettet haben. Aber: Scheitert die Sonne noch so oft — einmal muß sie untergehen.“

Mit einem solchen Geschwätz findet sich der „Vorwärts“ ab, angesichts des offenen Diktaturangriffes von Hindenburg, der die von den SPD-Führern stets so gepriesenen Grundzüge der parlamentarischen Demokratie durch seinen Brief an die Reichsregierung, in dem die Reichstagsauflösung und der Rücktritt der Regierung einfach verboten wird, verteidigt hat. Die Diktatur des Bürgerblocks, der Hindenburg-Marx, die auf den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung beruht, hat auch im Reichstag den anerkannten Zollewucher angenommen. Alle bürgerlichen Parteien und die Demokraten bis zu den Deutschnationalen stimmten dafür. Das ist die Vorbereitung, daß im Herbst diese gleiche Mehrheit den 3-Milliarden-Raub der Fürsten betreiben wird. Für die Haltung der SPD-Führer ist kennzeichnend, daß Weiss in der gestrigen Reichstagsöffnung die Mitsprache der SPD für ein neues Fürstentumskompromiß in Aussicht stellte und dabei von der Forderung nach entschuldigungsloser Entlassung der Fürsten absah. Die SPD-Führer wollen nichts von außerparlamentarischem Kampf gegen die Hindenburg-Marx-Diktatur wissen. Sie unterwürfen sich nicht einmal in der gestrigen Reichstagsöffnung der geschäftsverweigernden Behandlung eines kommunistischen Vertrauensvotums gegen die Regierung.

Eine demokratische Erklärung für die Fürstentumslage!

Berlin, 3. Juli. (Tschern.) Der Vorstand der Demokratischen Partei veröffentlichte eine längere Kundgebung, in der es zum Schluß heißt: „Die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die über die preussische Landtagsfraktion und über die Minderheit der Reichstagsfraktion den Sieg davongetragen hat, hat auf die Normendiktatur der Zusammenkunft der verfassungstreuen Parteien keine Rücksicht genommen. Sie trägt die Verantwortung dafür, wenn der Glaube an die Leistungsfähigkeit des Parlamentarismus erschüttert wird und wenn heute sich die Kraft zwischen der Sozialdemokratie und den anderen republikanischen Parteien zu vertiefen droht.“

Die Leuerungsunruhen in Frankreich

Paris, 3. Juli. (Tschern.) Der neuen Devisenhaus ist eine merkliche Preissteigerung auf dem Fuße gefolgt. Die Anzeichen für Streiks und Unruhen nehmen zu. Man befürchtet einen Generalausstand der Postbeamten, die der Regierung vorwerfen, daß ein Gehaltensantrag über die Gehaltserhöhung trotz wiederholter Versprechungen noch immer nicht vor die Kammer gelangt ist. Der Verband der Postbeamten hat den Generalstreik für den 30. Juli beschlossen, falls bis dahin das Verlaumte nicht nachgeholt wird. Aus Rouen wird der Streik der Lokomotivführer gemeldet, die eine tägliche Zulage von 9 Franken verlangten. In anderen Gegenden Frankreichs ist es erneut zu Ausschreitungen im Zusammenhang mit der Preissteigerung gekommen. In Paris wird der Preis für das Kiloogramm Brot, der erst am Donnerstag erhöht wurde, nun 8. Juli ab um weitere 5 Centimes auf 2,50 Franken erhöht werden.

Wieder der revolutionären Arbeiterbewegung der Welt bleiben. Aber auch dieser englische Generalstreik, gleich der Demonstration von 300.000 deutschen Arbeitern, ist ein Schritt nach vorne.

Wer kann sagen, daß der Friede kommen wird, mer wird behaupten, daß zwischen Frankreich, Italien, England und UdSSR, irrtümliche Beziehungen hergestellt sind, daß ungeheure Kriegsverbrechen und Laboratorien tobendernde Geschosse bloß für Ruinen herstellen, daß Deutschland das Glück vereint wurde, in den Völkerverbund aufgenommen zu werden, daß Indien unter der Herrschaft des großbritannischen Königs, der den lebenden Körper des arakten Landes zertritt, glücklich ist? Wer wird behaupten, daß der Friede in der Welt herrscht. Dieses ist nicht der Fall. In jeder Arbeiterbewegung unseres geschichtlichen Rechtes, unserer geschichtlichen Verhältnisse, in der Erkenntnis, die Zukunft liegt in den Händen der Arbeiter, wie Du schreibst, schauen wir ruhig in die Zukunft.

Mit komm. Gruß! Dein E.

Die aufbauende Sowjetunion

Mit großem Interesse sind die Berichte aufgenommen worden, welche die verschiedenen Delegationen in den letzten Jahren über das geben was sie in Sowjetrußland gesehen und festgestellt haben. Überall berichten sie von der ungeheuren Ausbaubarkeit, die dort auf allen Gebieten unter Führung der Kommunisten sichtbar wird. Vorwärts und aufwärts geht es!

Eine wertvolle Ergänzung dieser Delegationsberichte bietet die Arbeit im Verlag der Vereinigung internationaler Delegationsrußland erprobte Bericht. Die Bedeutung der aufbauenden Sowjetunion für die deutsche Arbeiterklasse von Clara Zetkin (18. Seiten, Preis 60 Pf.). Unterstützt von reichlichem Zahlenmaterial, gibt Clara Zetkin hier ein anschauliches Bild von der gewaltigen, bisher geleisteten Arbeit, von dem jähen, operativen Gange mit bestehenden alten Hindernissen und über neuen demnächstigen, manchen einsehenden, doch zukunftsreichem Entschluß auf einen neuen Schritt.

Neben der Entwicklung des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft, sowie den Fragen des Staatshaushaltes der

Sowjetunion sind von besonders großem Interesse die Abschnitte, die sich mit der Sozialpolitik, der sozialen Fürsorge für Mutter und Kind, dem Volksgesundheitswesen und der Volksbildung befassen. Durch die Gegenüberstellung der Verhältnisse in Deutschland, die Clara Zetkin in den Schlusskapiteln macht, wird die Preisfrage in enge Verbindung mit den Tagesfragen des deutschen Proletariats gebracht. Jeder Funktionär vor allem muß diese Broschüre lesen; ihm insbesondere gibt sie wichtiges Material für seine tägliche Kleinarbeit in die Hand.

Dresdner Volksbühne G. B.

Opernhaus:	Kummer
Montag, 5. 7., Carmen	541-447
Donnerstag, 8. 7., Aida	441-600
Sonntag, 11. 7., Die Meistersinger	601-681
Montag, 12. 7., Hochzeit im Falsching	682-671

Schauspielhaus:

Sonntag, 4. 7., Die tote Tante	2191-3356
--------------------------------	-----------

Von Montag den 5. Juli bis mit 14. August ist das Schauspielhaus geschlossen.

Aliberti-Theater:

Sonntag, 4. 7., Antonia	1801-1400
Montag, 5. 7., Antonia	1401-1500
Dienstag, 6. 7., Antonia	1501-1600
Mittwoch, 7. 7., Antonia	1601-1700
Donnerstag, 8. 7., Antonia	1701-1800
Freitag, 9. 7., Die Bar auf Montmartre	1801-1900
Sonntag, 10. 7., Die Bar auf Montmartre	1901-2000
Sonntag, 11. 7., Die Bar auf Montmartre	2001-2100
Montag, 12. 7., Die Bar auf Montmartre	2101-2200

Ab 1. Juli 1926 gelten nur noch die neuen Mitgliedsarten für das Spieljahr 1926/27. Umiduld der Mitgliedsarten täglich von 11-8 Uhr (außer Sonntagen) in der Geschäftsstelle, Schloßstr. 34/36. Jahresmitgliedsbeitrag 2 Mk. Neuaufnahmen während der Umtauschzeit, Eintrittsgebühr 1 Mk.